

Dresdner Volkszeitung

Postgeschäft: Dresden
Nr. 1268, Aden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Baukontor: Sächsische Staatsbank,
Dresden, Bank d. Arbeiters, Angestellten u. Beamten, Bf., Dresden,
Brüder Knobold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Gleich von Siedlungen kommt wieder vor, ist es durch oder ohne Einfluss höherer Gewalt, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Antrag auf Rückvergabe des Vermögenses oder auf Nachlieferung bei Seinen

Preispreis mit der täglichen Unterhaltungsbelage „Schenken“ sowie der übrigen Belohnung. Der Dienst ist monatlich 240 M. einrichtet ab 10. Bringerlohn. (Eine per Sonntag) 2 M. einheitl. 35 M. Bringerlohn.) Volkszeitung nur mit „Sonntag“ 120 M. einzeln 20 M. netto. Bringerlohn und Zustellungsgebühren.

Schließung: Mittwochabend 10. Bernreuther Str. 25/26. Geschäftsstelle: Dienstagabend 10. Bernreuther Str. 25/26 u. 12/13. Zeitung: Dienstag 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Ausgabenstelle: Die 30 mm breite Monatszeitschrift 35 M., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., die auswärts 40 M. u. 200 M. abhängig Preisfestsetzung laut Tarif. Sammlerpreisen. Einzel- u. Mietpreise 20 M. netto. Mit Briefmarkenleg. 10 M. Einzel. u. 50

Nr. 30

Dresden, Sonnabend, den 4. Februar 1933

44. Jahrgang

Der Vorwärts verboten

Sozialisierung soll nicht gefordert werden - Die Hitler-Reaktion verrät ihre eigenen Forderungen

Die Pressefreiheit beginnt

Berlin, 3. Februar. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der Vorwärts, wurde vom Polizeipräsidialen verboten, weil die Forderungen auf Sozialisierung als „Hochverrat“ abgestempelt wurden.

In der Sitzung des Reichsrates vom Donnerstag wies der preußische Vertreter, Ministerialdirektor Precht, der im Bericht des Reichsrates an den neuen Reichsminister Adolf Hitler eine Anrede hielt, auf den feierlichen Eid hin, den Hitler bei seinem Amtsantritt geleistet hatte. Er erinnerte ihn daran, daß er gelobt habe, die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren, die ihm danach obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und seine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann zu führen.

Das war am Donnerstag. Aber schon am nächsten Tage haben die dem Reichskanzler und seinem Reichskommissar unterstehenden Behörden eine Maßnahme ergriffen, mit der sie zweifellos gegen den Sinn und den Wortinhalt der Verfassung aufs Schlimmste verstößen haben. Das Zentralorgan der Berliner Vorwärts, ist verboten worden, und zwar wegen der Veröffentlichung des Wahlaufrufes des Parteivorstandes, den die ganze deutsche sozialdemokratische Presse gestern brachte.

Das Verbot wird mit der Behauptung begründet, mit jedem Aufruf sei dadurch Hochverrat begangen worden, daß zur Enteignung des Großgrundbesitzes und zur Enteignung der Schwerindustrie aufgerufen wurde. Man beruft sich darauf auf die Paragraphen 81, Ziffer 2 und 85 der Reichsverfassung. Im § 81 Ziffer 2 ist gesagt, daß wegen Hochverrats mit lebenslangem Zuchthaus oder mit lebenslanglicher Festungshaft bestraft wird, „wer es unternimmt, die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates oder die in denselben bestehende

Wirkung gewaltsam zu ändern“. Der § 85 bedroht jeden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder Festungshaft, wer öffentlich zur Ausführung einer nach § 81 strafbaren Handlung auffordert.

Der Aufruf des Parteivorstandes ist ein Wahlaufruf. Er fordert die Wähler auf, bei den Wahlen für die Sozialdemokratie zu stimmen und dadurch, also auf ganz gesetzlichem Wege, der Sozialdemokratie die notwendige Macht zu geben, damit die aufgestellten Forderungen, Enteignung des Großgrundbesitzes und Enteignung der Schwerindustrie, durchgeführt werden können. Von Hochverrat könnte nur dann die Rede sein, wenn der Aufruf die Forderung enthielte, unter Bruch der Verfassung auf nicht gesetzmäßigen Wege das darin aufgestellte Ziel durchzusetzen. In der Verfassung ist aber ausdrücklich vorgesehen, daß auf gesetzlichem Wege eine Enteignung vorgenommen werden kann. Im Artikel 113 der Verfassung heißt es: „Eine Enteignung kann nur zum Wohl der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt.“ Die sozialdemokratischen Geschäftsführer über die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie liegen bereits seit längerer Zeit dem Reichstag vor. Es ist bisher niemand eingefallen, zu behaupten, daß in diesen Anträgen irgend etwas gefordert wird, was mit der Verfassung im Widerpruch steht. Dazu kommt noch, daß die Verfassung nach § 76 der Reichsverfassung jederzeit geändert werden kann, wenn bei der Abstimmung über eine verfassungändernde Gesetz im Reichstag zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und mindestens zwei Drittel der Anwesenden stimmen. Das Recht jeder Partei ist es also, auch solche Forderungen zu stellen, deren Durchführung eine Verfassungsänderung erforderte, wenn sie nur sich zur Errreichung ihres Ziels verfassungsmäßig zulässiger Wege bedienen will.

Doch die Sozialdemokratie die Enteignung von Großgrundbesitz und Großindustrie verlangt, ist durchaus nicht

neues, sondern es handelt sich hier um grundlegende Forderungen der Sozialdemokratie, die alle sozialistischen Parteien, die diesen Namen wirklich verdienen, seit vielen Jahrzehnten verfochten haben. Diese Forderungen wurden jahrzehntelang ganz offen im Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vertreten, und so viel sich Staatsanwaltschaft, Polizei und Gerichte im alten deutschen Kaiserreich gegen die Sozialdemokratie herausgesetzt haben, niemals hat man gewagt, in der Aufstellung dieser Forderungen den Tatbestand des Hochverrats zu sehen. Es mußte erst der nationale „Sozialist“ Hitler aus Rüder kommen, ehe man entdeckte, daß die Aufstellung der grundlegenden sozialistischen Forderungen Hochverrat sei.

Vergleichlich ist es allerdings, daß es Hitler und seinen Leuten jetzt besonders unangenehm ist, wenn überhaupt von sozialistischen Forderungen geredet wird, jetzt da sie zusammen mit dem schärfsten Vertreter des Großkappitals, mit Hugenberg, in der Regierung sitzen. Da wollen sie nicht an ihre eigenen sozialistischen Gedanken erinnert sein. Wenn nämlich Hochverrat wäre, was in dem sozialistischen Wahlaufruf steht, so hätten sich die Nazis schon viele hunderte Male des Hochverrats schuldig gemacht. Zu den bekannten 25 Punkten der Nationalsozialisten, die eine Art Parteiprogramm darstellen, wird z. B. gefordert, die restlose Eingliederung aller Kriegsgewinne, die Verstaatlichung aller bereits verstaatlichten Betriebe, die Kommunalisierung der Großwarenhäuser. Also gleich eine Anzahl Enteignungsforderungen auf einmal. Und wie sieht es mit dem bekannten Antrag der Nazis auf Enteignung der Bank- und Börsenfürsten? Vor das dann nicht auch Hochverrat? Und wenn in dem Aufruf des Parteivorstandes die Wähler aufgefordert werden, sich gegen die „feinen Leute“, die hauchdünne Oberfläche des Großgrundbesitzes und des Großkapitals zu erheben, so muß das freilich den Hitler, Hind, Göring usw. deswegen so auf die Nerven fallen, weil diese Worte dem Sprachlos der Nazis entnommen sind.

Man ist bei Hitlers offenbar jetzt reichlich nervös, übernervös. Wie könnte es auch anders sein. Jähraus, jähraus hat Hitler verkündet, daß er das Rezept für die Rettung des deutschen Volkes in der Tasche hätte, daß er nur nicht damit herausreden, damit es ihm nicht von irgend

Bor der Reichskanzlei



„Portier - was ist los?“
„Ein armer Herr. Er wollte wissen, wann die Benden veröffentlicht werden.“

Die Angehöriertlichkeit

Zentrumblatt gegen die Geschichtsfälschungen des Hitlerischen Rundfunkgeredes

Das rheinische Zentrumblatt, die Kölnische Volkszeitung, schreibt zu dem Aufruf des Wunderdoktors in der Reichskanzlei an das deutsche Volk u. a.:

„Hitlers Aufruf hat den wilden Agitatoren im Lande drausen Stichworte gegeben, die im Munde eines verantwortlichen, nationalen Kanzlers ungeheuerlich sind. Dreimal wurde dieser Aufruf im Radio wiederholt. Seine Entstellungen, Beleidigungen und Kampfparolen werden dadurch nicht wahrer. Wer im politischen Kampf so hohe Worte anzuwenden wagt, wie sie der Schlussatz vom allmächtigen Gott enthält, dessen erste Wollte wäre es, seine Sprache zu zügeln, der Wahrheit Zeugnis zu geben und die Ehre des nächsten zu achten. Wir, die wir vierzehn Jahre lang an die Galere der Pflicht angeknüpft dem Wiederaufstieg unseres im Weltkrieg niedergekommenen Nation dienen, empfinden diesen Aufruf als eine Ungehöriertlichkeit, deren Größe nur noch überboten wird durch die unrichtige Behauptung in der amtlichen Verlautbarung über die Auflösung des Reichstags, gegen die Zentrum und Bayerische Volkspartei berechtigten Protest beim Reichspräsidenten eingelegt haben.“

An anderer Stelle schreibt das Blatt:

„Der Aufruf ist ein Wahlplakat, das alle Anforderungen rechtschaffen gefüllt, die man an ein solches Dokument stellen kann. Die gesamte Arbeit des letzten Jahrzehnts wird mit leichter Hand auf den Schutthaufen geworfen, und selbst Anstrengungen der Bedeutung der Rheinlandräumung und der Festigung der Reparationen verfallen ohne viel Bedenken dem Brautstift. Die Novemberparteien“ sollen 14 Jahre lang Deutschland ruinieren haben, möbi wiederum einige Kleinigkeiten übersehen werden, so die Tatsache, daß seit acht Jahren kein anderer als Reichspräsident von Hindenburg die Führung dieser angeblichen Wirtschaftsforschung hat, daß die Deutschnationalen fast vier Jahre in der Regierung verantwortlich an der Verwaltung des Trümmerhauses mitgewirkt haben, und daß einer der Unterzeichner, Herr von Papen, 18 Jahre lang (von 14) in einer „Novemberpartei“ treu und brav gesessen und zahlreiche Anträge gegen sozialdemokratische Minister mit abgelehnt hat. Aber könende Worte sind schließlich notwendig in einem Aufruf, der sozial nicht geeignet ist, hochgespannte Erwartungen zu erfüllen, und als einzige Tat ein ausländisches Beispiel kopiert.“

Die Kölnische Volkszeitung hätte noch darauf verweisen können, daß verschiedene Leute, die in der Hitler-Partei eine führende Rolle spielen oder lange spielen, dem „Novemberklienten“ treu und brav und gegen Vergeltung gedient haben!